pedocs
Open Access Erziehungswissenschaften

DIPF

Sroka, Wendelin

"Schule und Pädagogik im Umbruch - Übergangsprobleme in den neuen Bundesländern". Tagung der Fachgruppe Erziehungswissenschaft der GfD in Berlin

Deutschland Archiv 27 (1994) 1, S. 82-86

Empfohlene Zitierung/ Suggested Citation:
Sroka, Wendelin: "Schule und Pädagogik im Umbruch - Übergangsprobleme in den neuen Bundesländern". Tagung der Fachgruppe Erziehungswissenschaft der GfD in Berlin - In: Deutschland Archiv 27 (1994) 1, S. 82-86 - URN: urn:nbn:de:0111-pedocs-18788

Nutzungsbedingungen

Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Die Nutzung stellt keine Übertragung des Eigentumsrechts an diesem Dokument dar und gilt vorbehaltlich der folgenden Einschränkungen: Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.
Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use

We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document.
This document is solely intended for your personal, non-commercial use. Use of this document does not include any transfer of property rights and it is conditional to the following limitations: All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Kontakt / Contact:

pedocs
Deutsches Institut für Internationale Pädagogische Forschung (DIPF)
Informationszentrum (IZ) Bildung
E-Mail: pedocs@dipf.de
Internet: www.pedocs.de

Digitalisiert

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

„Schule und Pädagogik im Umbruch – Übergangsprobleme in den neuen Bundesländern“

Tagung der Fachgruppe Erziehungswissenschaft der GfD in Berlin

Die fünfte Tagung der Fachgruppe Erziehungswissenschaft der Gesellschaft für Deutschlandforschung (GfD) fand am 4. und 5. Oktober 1993 in Berlin statt. Je etwa vierzig Teilnehmer aus dem Osten und dem Westen Deutschlands waren zu dieser ersten gesamtdeutschen Veranstaltung der Fachgruppe in das Reichstagsgebäude gekommen, um gemeinsam die schwierigen Prozesse der Umgestaltung von Schule und Pädagogik in den neuen Bundesländern zu analysieren und daraus Konsequenzen für die Gestaltung in der Zukunft abzuleiten. Von ähnlichen Veranstaltungen zur Lage von Schule und Pädagogik in Deutschland unterschied sich die Tagung nicht zuletzt darin, daß am Rednerpult und im Auditorium neben der Wissenschaft auch die Schulpolitik, die Schulverwaltung und die Schulpraxis vertreten waren. Wenngleich die Thematik der Gesamttagung und ihrer vier Arbeitseinheiten den Blick auf die Entwicklungen der jüngsten Zeit lenkte, bildete in den Referaten und Diskussionsbeiträgen die grundsätzliche Einschätzung des Schulwesens und der Pädagogik der DDR einen weiteren wichtigen Schwerpunkt. In seinem Grußwort erläuterte der Ehrenvorsitzende der GfD, Prof. Dr. Siegfried *Mampel,* Berlin, den Beitrag, den die Gesellschaft mit ihrer Arbeit zur Förderung des inneren Zusammenwachsens in Deutschland leiste. Er betonte, daß trotz einschneidender Kürzungen öffentlicher Mittel die Fortsetzung der Aktivitäten außer Frage stehe.

Auf das Veranstaltungsthema eingehend, hob der Fachgruppenleiter, Prof. Dr. Hans-Peter *Schäfer,* Hamburg, den Aktualitätsbezug und die international vergleichende Perspektive als Kontinuitätsmerkmale der bisherigen Tagungen hervor. Die Schullandschaft sei in Ostdeutschland seit dem Herbst 1989 rasch und grundlegend umgestaltet worden. Heute sei es an der Zeit, nach dem demokratischen Charakter der Schulreformen zu fragen. In Schule und Pädagogik der neuen Bundesländer sei ein erhebliches Innovationspotential vorhanden, das auch für den Westen Deutschlands wichtige Anregungen bieten könne. Schäfer verwies in diesem Zusammenhang auf die Konzeptionen der Mittel- bzw. Sekundarschule in Sachsen und Sachsen-Anhalt sowie auf die durch die Bildungsunion entfachte Debatte um die Dauer der Abiturbildung.

Die erste Arbeitssitzung (Leitung: Prof. Dr. Schäfer) war Grundfragen der Schulpolitik und der Schulverwaltung gewidmet. Seinen Ausführungen zum Thema „Schulpolitik in den neuen Ländern zwischen Kontinuität und Neugestaltung“ stellte Wolfgang *Nowak,* Staatssekretär im Sächsischen Staatsministerium für Kultus, Dresden, drei Prämissen voran. Erstens: Den Menschen in Deutschland mangele es gegenwärtig an sinnstiftenden Perspektiven, die Vereinigungskrise gehe einher mit einer allgemeinen Sinn- und Orientierungskrise. Zweitens: Nach 25 Jahren vergeblichen Versuchs der Durchsetzung einer grundlegenden Veränderung des Bildungswesens im Westen Deutschlands seien Reformer und Reformgegner frustriert; in der Sache hätten beide Seiten eine Strategie der Selbstimmunisierung gegenüber den Argumenten der anderen betrieben. Drittens: Die Erziehungswissenschaft in der Bundesrepublik Deutschland habe im Verlauf ihrer Entwicklung einen so hohen Grad von Parteilichkeit erreicht, daß sie häufig nicht in der Lage gewesen sei, der Politik brauchbare Ratschläge zu geben.

Nowak plädierte vor diesem Hintergrund für

eine „Bürgerbewegung für Bildung", die jenseits eingefahrener Gleise Antwort zu geben habe auf die Frage, was Kinder heute lernen sollen. Ermutigt zu diesem bildungspolitischen Aufbruch sieht sich Nowak durch die Erfahrungen, die er als Schulpolitiker in Sachsen machen konnte. Obwohl in den Anfängen hier wie in anderen neuen Ländern der Druck westlicher Verbände auf die Entscheidungsträger groß gewesen sei, habe man schließlich einen parteiübergreifenden Konsens in wichtigen Fragen schulpolitischer Neuerungen herstellen können. Dazu zählt die Schaffung einer Mittelschule, in der polytechnische Elemente fortgeführt werden, ferner das Offenhalten von Bildungswegen auf allen Stufen des Bildungsystems. Während Nowak die trotz starker beruflicher Belastungen anhaltende Reformbereitschaft der Lehrkräfte Sachsens lobte, richtete er recht kritische Worte an die Adresse der Kultusministerkonferenz (KMK). Diese sei in der entscheidenden Phase der Neugestaltung des Schulwesens in Ostdeutschland weniger als Impulsgeber, sondern eher als Veranstalter eines unproduktiven „Anerkennungstheaters" – bezogen auf die Studienabschlüsse der DDR-Lehrer wie auf die zwölfjährige Abiturbildung – aufgetreten. Der Verzicht auf das bisher geltende Prinzip der Einstimmigkeit von KMK-Beschlüssen sei notwendig, wenn man die in den Ländern vorhandenen und dringend notwendigen Gestaltungspotentiale nicht gewaltsam ersticken wolle.

Nowaks pointierte Anmerkungen zur Schulpolitik in der Bundesrepublik fanden unter den Teilnehmern ein lebhaftes Echo. Sie führten vor allem zu Diskussionen darüber, wie Schule in Deutschland realistischerweise in Zukunft gestaltet werden könne. Sie waren auch Anlaß für Dr. Gert *Harms,* Nowaks Potsdamer Kollegen im Amt des Bildungsstaatssekretärs, die Politik der KMK vor dieser Kritik in Schutz zu nehmen. Der KMK müsse bescheinigt werden, so Harms, daß sie im allgemeinen den ihr gestellten Aufgaben gerecht werde. Inwieweit sich hinter dieser gegensätzlichen Bewertung die Frontlinien im Kampf um die Dauer der Abiturbildung verbergen – das Land Brandenburg spricht sich als einziges der neuen Länder und damit „KMK-konform" für das 13. Schuljahr aus –, mußte an dieser Stelle offenbleiben.

Harms' Tagungsbeitrag hatte den Titel „Schulverwaltung: Vom Zentralismus zur pädagogischen Autonomie und Partizipation?" Der Referent lenkte eingangs den Blick zurück auf die DDR-Schule: Diese habe unbeschadet des Versuchs der Erziehung *„bewußter Patrioten und Internationalisten"* einer zahlenmäßigen Minderheit durchaus eine qualitativ hochstehende Bildung vermittelt. Vor allem an die Adresse westlicher Interpreten richtete sich der Hinweis, daß die DDR-Schule trotz des umfassenden Machtanspruchs der Partei- und Staatsführung nicht als Folterkeller der DDR zu charakterisieren sei. Aus derartigen Verwechslungen von Ideologie und Wirklichkeit, so Harms, erwachse ein Gutteil jener psychologischen Anerkennungsprobleme, mit denen die Lehrerschaft in den neuen Ländern derzeit zu kämpfen habe.

Die Schulpolitik in Brandenburg sei darauf ausgerichtet, eine demokratische Schule zu schaffen, in der die Kinder zu Mitverantwortung und Mitbestimmung angeregt werden. Ausgehend vom Auftrag der Brandenburgischen Landesverfassung, wonach Lehrer, Schüler und Eltern bei der Gestaltung des Schulwesens mitwirken, erläuterte Harms entscheidende schulpolitische Maßnahmen zur Verwirklichung des Demokratiegebots: die drittelparitätisch besetzte Schulkonferenz und ihre herausragende Bedeutung für die innere Schulverfassung; das durchgehend geltende Prinzip der kollegialen Schulleitung, das dem Amtinhaber die Rolle des *„primus inter pares"* zuweist; schließlich die Rahmenpläne für die Unterrichtsfächer, die den Lehrkräften große Spielräume bei der Unterrichtsgestaltung einräumen. Vor diesem Hintergrund erweise sich zum einen die Neudefinition der Aufgaben der Schulaufsicht als wichtiger Bestandteil der Reform. Zum anderen seien nicht wenige Lehrkräfte angesichts der Offenheit vieler Situationen aus verständlichen Gründen verunsichert, der Ruf nach klaren Anweisungen und Regelungen sei unüberhörbar. Bei allen Schwierigkeiten und Rückschlägen, die der Versuch der demokratischen Reform des Schulwesens mit sich bringe, so Harms' Resümee, gebe die Tatsache, daß der Bildungsbereich in den neuen Ländern noch nicht „verharscht" sei, Anlaß zum Optimismus.

Die Einzelthemen der beiden folgenden Ar-

beitssitzungen wurden jeweils aus einer Ost- und einer Westsicht beleuchtet – für die Erörterung der Vergangenheit bedeutete dies die Kombination von Außen- und Innenansicht. Obwohl mit diesem Verfahren Wiederholungen gleichsam vorprogrammiert waren, kamen Gemeinsamkeiten und Unterschiede der Sichtweisen deutlich zur Sprache.

Unter dem Generalthema „Strukturprobleme des Schulwesens" befaßten sich in der zweiten Arbeitssitzung (Leitung: Dr. Wendelin *Sroka,* Lüneburg) Gerhard *Schreier,* Bonn, und Prof. Dr. Elisabeth *Fuhrmann,* Ludwigsfelde, mit dem Übergang von der Einheitsschule zum gegliederten Schulwesen. Fragen der gymnasialen Oberstufe wurden von Dozent Dr. phil. habil. Uwe *Wyschkon,* Potsdam, und Oberstudiendirektor Dr. Dieter *Rauchfuß,* Potsdam (früher West-Berlin) erörtert.

Schreier rekapitulierte in seinem Vortrag zunächst die strukturellen Grundzüge des Einheitsschulsystems einschließlich der in den achtziger Jahren verstärkt betriebenen Differenzierungsmaßnahmen. Die Übergangsphase als Folge der politischen Wende in der DDR sei durch die Informalisierung schulpolitischer Entscheidungsprozesse und *„wilde"* Reformen gekennzeichnet gewesen. Nach der Übertragung der schulpolitischen Verantwortung auf die Länder hätten diese *„in mancher Hinsicht",* wie Schreier zurückhaltend formulierte, an im Westen vorgefundene Strukturen angeknüpft. Fuhrmann nahm an dieser Stelle eine weitere Differenzierung vor und unterschied vier Phasen des bisherigen Reformprozesses des Schulwesens:

- die Zeit vom November 1989 bis Sommer 1990, gekennzeichnet durch zahlreiche Ad-hoc Entscheidungen des DDR-Bildungsministeriums und gleichzeitig durch Reformbestrebungen von unten sowie durch die relative Stabilität des Schulalltags;
- das Schuljahr 1990/91, geprägt durch vielfältige Reformbestrebungen zur Entwicklung einer inhaltlich neuen Schule und durch die Formulierung landesspezifischer bildungspolitischer Perspektiven;
- das Schuljahr 1991/92, mit dem in allen neuen Ländern (mit Ausnahme Sachsens) der radikale Strukturwandel vom Einheitsschulsystem zum gegliederten Schulsystem vollzogen wurde;
- die Zeit seit Beginn des Schuljahres 1992/93, in der nach einer gewissen Beruhigung der mit den Strukturveränderungen verbundenen Turbulenzen die innere Ausgestaltung auf der Tagesordnung steht.

Die notwendige innere Reform von Schule und Unterricht, so Fuhrmann, stecke noch in den Anfängen. Man müsse feststellen, daß das insgesamt große Fortbildungsinteresse der Lehrerschaft vorwiegend auf die Erschließung von Unterrichtsinhalten und nur wenig auf allgemeindidaktische Fragen, andere Konzepte von Schule und Unterricht und auf die grundsätzliche Reflexion der Lehrerrolle ausgerichtet sei.

War sich das Auditorium mit den Referenten in der Identifizierung zahlreicher Einzelprobleme der Strukturreform einig, so wurde um so mehr Schreiers These in Frage gestellt, daß der DDR-Pädagogik in der Übergangsphase aufgrund ihrer Systembindung tragfähige Konzepte gefehlt hätten, mit denen das überkommene Schulsystem aus eigener Kraft hätte erneuert werden können. Mehrere Diskussionsteilnehmer verwiesen darauf, daß aufgrund des Zeitdrucks und der Entschiedenheit der *„oben"* durchgesetzten Reformen den zahlreichen an der Basis entwickelten Modellen keine Chance zur Erprobung geblieben sei.

Die Diskussion ließ deutlich werden, daß mit dem Rekurs auf „die DDR-Pädagogik" Unterschiedliches gemeint werden kann. Fuhrmann wandte sich gegen die Ineinssetzung von Dokumentenaussagen und schulischer Realität. Sie schlug vor, eine analytische Differenzierung nach fünf Ebenen vorzunehmen: schulpolitische Programmatik, Erziehungswissenschaft, gesellschaftliche Rahmenbedingungen, Schulwirklichkeit und Ergebnisse des Erziehungs- und Bildungsprozesses. Demgegenüber warnte Prof. Dr. Oskar *Anweiler,* Bochum, davor, mit der Trennung der Ebene der Dokumente von derjenigen der Erziehungswirklichkeit die Bedeutung der normativen Vorgaben für die Praxis der DDR-Schule herunterspielen. Es komme darauf an, die Vermittlung der verschiedenen Ebenen im Blick zu behalten. Unhaltbar sei in diesem Zusammenhang ferner die bisweilen anzutreffende Position, derzufolge lediglich die

Binnensicht sachgerechte Urteile über die DDR-Pädagogik ermögliche.
Bei seinen Ausführungen zur Reform der Abiturbildung konnte Wyschkon auf Erfahrungen zurückgreifen, die er seit 1976 in der Abiturstufenforschung der Pädagogischen Hochschule Potsdam und vor allem 1989/90 als Mitglied der „Zentralen Arbeitsgruppe zur Erneuerung der Abiturbildung" (der DDR) gewonnen hatte. Von den Empfehlungen dieser Arbeitsgruppe fänden sich vor allem die Grundansprüche an die Ziele der Abiturbildung in den in den neuen Ländern geltenden schulpolitischen Konzeptionen der gymnasialen Oberstufe wieder. Kaum berücksichtigt seien dagegen die Postulate der Interdisziplinarität und ihrer Umsetzung in den Rahmenplänen sowie der angemessenen Förderung von Begabten durch hinreichende äußere und innere Differenzierungsmöglichkeiten. Ein zwölfjähriger Bildungsgang zum Abitur läßt sich nach Auffassung Wyschkons durchaus ohne Qualitätsverlust bewerkstelligen, wenn die Bildungskonzeption der gymnasialen Oberstufe und der Sekundarstufe I darauf ausgerichtet werden. Bisherige Vergleichsuntersuchungen zum Bildungsstand von Ost- und West-Abiturienten ließen nur sehr geringe Unterschiede erkennen. Die auffallendste Differenzierung bestehe noch darin, daß bei Ost-Abiturienten die Bereitschaft zur freien Rede und zum Argumentieren weniger ausgeprägt sei.
Auch Rauchfuß konnte keine gravierenden Unterschiede zwischen Ost und Westgymnasiasten erkennen. Zu den wesentlichen Problemen der Abiturbildung zählte er: das „Überspringen" mehrerer Lehrplangenerationen vor allem in den Fächern Deutsch, Geschichte und Politische Bildung mit der Folge, daß Inhalte beliebig zu werden drohen und Lehrbücher die Rolle der früheren Stoffverteilungspläne übernehmen; den Mangel an einheitlichen Kriterien zur Leistungsbewertung des (in Brandenburg) dezentralen Abiturs; die noch nicht vollzogene statusmäßige Gleichstellung der Lehrkräfte Ostdeutschlands mit denen der alten Bundesrepublik.
Mit dem Hinweis auf die Stabilität verinnerlichter Rollenauffassungen vor allem der mittleren Altersgruppe der DDR-Lehrerschaft leitete Rauchfuß thematisch über zur dritten Arbeitssitzung (Leitung: Prof. Dr. Siegfried *Baske,* Berlin), die den Problemen der inneren Schulreform gewidmet war. Hierzu referierten der Präsident des Landesinstituts für Lehrerfortbildung von Sachsen-Anhalt, Dr. Siegfried *Eisenmann,* Halle, und Prof. Dr. Hartmut *Wenzel,* Halle (früher Essen). Zwangsläufig, so Eisenmann, richte sich bei schnellen Übergängen zwischen Schulsystemen das Hauptaugenmerk der Administration auf die Reform der Strukturen. Gleichwohl sei es notwendig, äußere und innere Schulreform aufeinander abzustimmen. Für die Erziehungs- und Unterrichtspraxis von großer Bedeutung seien *„Beratungs- und Konfliktlösungskompetenz, Vergangenheitsbewältigung ohne Reduktion auf das Opfer-Täter-Schema, Zukunftsorientierung und Schülerbezogenheit der im Unterricht aufgeworfenen Problemstellungen".* Sowohl die äußeren Rahmenbedingungen von Schule und Unterricht wie auch die allgemeinen gesellschaftlichen Verhältnisse trügen dazu bei, daß die innere Reform spürbar zu greifen beginne. Was Wyschkon und Rauchfuß zur Schülerschaft an den Gymnasien Deutschlands konstatiert hatten, wurde von Eisenmann für die Lehrerschaft herausgestellt: Die Lehrer in Ost und West unterschieden sich in ihren Grundcharakteristika weit weniger als vielfach angenommen. Es sei an der Zeit, eine *„gesamtdeutsche Sicht"* für die im Lande vorfindlichen Probleme schulischer Bildung und Erziehung zu entwickeln.
Wenzel teilte dieses Urteil nicht: Er sprach von der in den neuen Ländern *„noch ausstehenden inneren Schulreform"* und ging ausführlich auf die der Entwicklung noch entgegenstehenden Hindernisse ein: die Prägungen der Lehrer durch das Normen- und Wertesystem der DDR, den als *„tendenziell autoritäre Setzung"* erlebten Strukturwandel des Schulwesens und die als Folge des Strukturwandels anders zusammengesetzten Schülerpopulationen. Es bestehe die Gefahr, daß die Lehrer Teile ihrer eigenen Lern- und Berufsgeschichte verdrängten und tabuisierten. Daher müsse der Versuch unternommen werden, Formen der Aufarbeitung der eigenen Biographie zu entwickeln. Der Lehrerfort- und weiterbildung komme sowohl bei dieser Aufgabe als auch bei der Vermittlung eines

neuen Berufsverständnisses und neuer Handlungskompetenzen eine wichtige Rolle zu. Schließlich sprach sich Wenzel dafür aus, trotz des bildungsökonomisch notwendigen weiteren Abbaus von Lehrerstellen einen Einstellungskorridor für neu ausgebildete Lehrer offenzuhalten.

Die vierte Arbeitssitzung war als Podiumsdiskussion über das „Ende der DDR-Pädagogik und den Neubeginn in der Erziehungswissenschaft" angelegt. Unter der Leitung von Prof. Dr. Oskar *Anweiler* diskutierten auf dem Podium Frau Prof. Dr. Gerlinde *Mehlhorn,* Leipzig, Dr. Harald *Gräßler,* Chemnitz, sowie die Professoren Dr. Dietrich *Benner,* Berlin, Dr. Friedrich W. *Busch,* Dresden/Oldenburg, und Dr. Dieter *Schulz,* Leipzig. Anweiler verwies eingangs auf die besondere Ideologieanfälligkeit der Pädagogik als wissenschaftlicher Disziplin. Antworten sollten gesucht werden auf die Frage nach dem Bild der DDR-Pädagogik 1989 und heute sowie nach den Determinanten der inhaltlichen, organisatorischen und personellen Neugestaltung der Pädagogik seit 1989.

Mehlhorn machte darauf aufmerksam, daß die DDR seit den siebziger Jahren keine neuen Fragestellungen mehr aus sich selbst heraus entwickelt habe. Impulse seien lediglich von außen, vor allem durch die Industrie und durch die Humanwissenschaften, an die Pädagogik herangetragen worden. Pädagogische Forschung, so Mehlhorn und Gräßler übereinstimmend, sei vor allem an den Hochschulen ein schwieriges Geschäft gewesen. – Bei der öffentlichen Erörterung der Frage nach dem möglichen Ertrag der DDR-Pädagogik hielten sich die einst daran Beteiligten zurück; die Diskussion wurde bestimmt durch die auf Dauer (Benner, Schulz) oder auf Zeit (Busch) von West nach Ost übergewechselten Professoren. Während Busch vom *„Scheitern der staatssozialistischen DDR-Pädagogik"* sprach und dafür deren ideologischen Grundansatz verantwortlich machte, sah Benner mit dem Ende der DDR keineswegs ein Ende der *„DDR-Pädagogiken"* gekommen. Mut zur Eigenständigkeit, so Schulz nach einem Überblick über die Probleme der Lehrerausbildung, sei für Pädagogik, Schulpolitik und Schulen in den neuen Ländern gleichermaßen wichtig.

Die Tagung habe erwiesen, daß trotz unterschiedlicher Auffassungen ein fruchtbarer Dialog möglich sei, so Prof. Dr. Hans Peter Schäfer in seinem Schlußwort. Die Konzentration auf DDR und neue Länder in den Referaten und Diskussionsbeiträgen habe die gesamtdeutsche, die europäische und die zukunftsorientierte Dimension von Schule und Pädagogik in den Hintergrund treten lassen. Ist dies angesichts der Problemfülle verständlich, so führten Verlauf und Ergebnis der Veranstaltung gleichzeitig die Notwendigkeit der Fortsetzung des Dialogs vor Augen, für den sich die Tagungen der GfD auch in Zukunft als geeignetes Forum anbieten.

Wendelin Sroka, Lüneburg